

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/48. Jahrgang

Februar 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Erfolgreicher Busfahrerstreik

Der Arbeitskampf der hessischen Busfahrer konnte erfolgreich beendet werden. Die Stundenlöhne werden stufenweise bis auf 13,50 Euro erhöht, es gibt bessere Pausenregelungen und einen Tag mehr Urlaub. Zwei Wochen lang hatten in Gießen die Busfahrer des öffentlichen Nahverkehrs, gemeinsam mit ihren Kollegen in ganz Hessen gestreikt. Viele Menschen, die täglich auf die Busse angewiesen sind, waren davon betroffen. Trotzdem gab es großes Verständnis für die Forderungen der Streikenden. Ihr geringer Lohn (12 Euro pro Stunde) und die unzumutbaren Arbeitsbedingungen (viele über den Tag verteilte unbezahlte Pausen, so dass bei Diensten über 12 Stunden nur 8 Stunden bezahlt werden) führten dazu, dass viele ihre Forderungen

(13,50 Euro pro Stunde, bessere Pausenregelung, 1 Tag mehr Urlaub) für berechtigt hielten. Nur die Busunternehmen, organisiert im Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer (LHO) zeigten sich stur und legten kein verhandelbares Angebot vor. Schließlich wurde das jetzt erfolgreich abgeschlossene Schlichtungsverfahren eingeleitet.

Nahverkehr nicht privatisieren! Tatsächlich verantwortlich für die schlechte Entlohnung und die Arbeitsbedingungen sind allerdings andere: Die Stadtwerke Gießen (SWG) und der Gießener Magistrat. Sie taten so, als hätten sie mit dem Tarifstreit der Gewerkschaft ver.di mit dem LHO nichts zu tun. Dabei waren sie es, die vor ca. 15 Jahren den „Privat-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Die Formblätter gibt es hier: www.dkp-giessen.de, Rubrik Gießener Echo. Siehe Hinweise S. 2

Auch Landesbedienstete im Streik

Auch die Beschäftigten der Bundesländer stehen im Arbeitskampf. Sie fordern: 6% mehr, keine sachgrundlose Befristung, für die Auszubildenden u.a. 90 Euro mehr und mehr Urlaub. Bisher wurde kein Angebot vorgelegt. Auch hier muss gestreikt werden, um den berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die nächste Verhandlung ist Mitte Februar. Siehe Artikel zum Klinikum auf Seite 4



Inhalt:

Kampagne Holm/Christeni.d.DDR	S.2
Pfandringe/Wieseckau/Straßennamen	S.3
Jobcenter-Prozesse/Klinikum Streik	S.4
Azubi-Aktion Bosch/Magistrat untätig	S.5
SDAJ gegen Bundeswehr	S.6
AfD Facebook-Hetze/Kein NPD-Verbot	S.7
Termine/Nicht unsere Sicherheit...	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Bundestagswahl

Um zur Bundestagswahl zugelassen zu werden, muss die DKP Unterstützungsunterschriften vorlegen. Unterschreiben können alle Wahlberechtigten, sofern sie mit 1. Wohnsitz in Hessen (für die Direktkandidatur im Landkreis Gießen) gemeldet sind. Für die Landesliste benötigen wir 2000, für den Wahlkreis 250 Unterschriften. - Die ausgefüllten Formulare bitte bei DKP-Mitgliedern abgeben oder zusenden. (Adr. s. Impressum)

Antrag der Fraktion Gießener LINKE

(1) Die Mit.Bus GmbH wird von der Kapitalgesellschaft SWG AG übernommen und als Eigenbetrieb im Sinne von §127 HGO und des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes, HE) der Stadt Gießen fortgeführt.

(2) Auftrag und Konzessionen zur Aufrechterhaltung und die Erweiterung des ÖPNV im Bereich Linienbus werden an den entstehenden Eigenbetrieb der Stadt Gießen gemäß Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 direkt vergeben.

(3) Die Beschäftigten sind nach der Übernahme des Geschäftsbetriebs der Mit.Bus GmbH im städtischen Eigenbetrieb nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes - Nahverkehr (TV-N) - zu beschäftigen.

(Fortsetzung von Seite)

Busfahrerstreik

betrieb“ Mit.Bus gründeten und dieser 100%igen SWG-Tochter den Gießener Busverkehr übertrugen. Mit.Bus trat dem LHO bei, die neu eingestellten Busfahrer wurden nicht mehr nach dem Tarif des Öffentlichen Dienstes, sondern nach den viel schlechteren LHO-Tarifen bezahlt. Die Busunternehmer unterboten sich bei öffentlichen Ausschreibungen, den Auftrag bekommt der mit den niedrigsten Löhnen und schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Die Gießener Linke hat mit einem Antrag im Stadtparlament gefordert, Mit.Bus zu einem städtischen Betrieb zu machen, für den die Tarife des öffentlichen Dienstes gelten. Dem Unterbietungswettbewerb der Busbetriebe könnte so etwas entgegengesetzt werden. Außerdem fordert die Gießener Linke, Besitzer von Zeitkarten für die 2 Wochen ohne Busverkehr zu entschädigen. Gernot Linhart

Kampagne gegen Andrej Holm

Weil er in jungen Jahren für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet hatte, musste der Staatssekretär der Partei Die Linke (PDL) Andrej Holm gehen. Er hatte versäumt, darüber zu informieren. Dennoch protestierten nicht nur Studenten und Menschen, die sich wegen seiner Wohnungspolitik von Holm vertreten fühlten, für seinen Verbleib im Senat. Selbst die Süddeutsche Zeitung schrieb: „Berlin erlebt einen Rückfall in die Muster der Jahre nach dem Ende der DDR, als alleine das Etikett Stasi schnell eine Laufbahn beenden konnte...“

Es half Holm nicht, dass er sich opportunistisch vom MfS distanzierte, und erklärte, dass er sich schäme, „dass ich ein Teil davon war“

Im gleichen Geiste erklärte der Landesvorsitzende der Partei, man habe einen Fehler gemacht. Anstatt sich aus dem Senat (PDL, SPD, Grüne) zu verabschieden, werden durch die Linkspartei weiterhin Illusionen über linke Politik verstreut.

Der reinrassige Faschist Globke, der die Rassengesetze mitverfasste und kommentierte, konnte nach 1945 Staatssekretär werden und dies bis zu seiner Pensionierung 1963 bleiben.

Michael Beltz



Christenverfolgung in der DDR?

Dies will Bodo Ramelow nun untersuchen lassen von „einer Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Christenbenachteiligung in der DDR“.

Nun ist es eine Besonderheit der sog. Rot/Rot/Grünen Koalitionen, dass sie – in der BRD einmalig – im Koalitionsvertrag bestimmen, „die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat“ (Thüringen) und „das Ende des Unrechts der SED-Diktatur“ feiern (Berlin) – beides an sich für die jeweilige Landespolitik völlig unerheblich.

Aber für die angepeilte Koalition auf Bundesebene ist dieser Kotau der Linkspartei wohl unverzichtbar.

Ein typisches Beispiel ist sicher die Christin und Pfarrerstochter Angela Merkel und deren Werdegang: Schulbildung, Abitur, Studium, Promotion, Forschung...

Aber auch das Beispiel Gauck kann für die Kommission hilfreich sein. Auch dieser Pfarrer hatte keineswegs unter irgendwelchen Repressionen zu leiden, sondern sich im Gegenteil mit

der DDR identifiziert, beste Kontakte zum MfS gepflegt und Privilegien in Anspruch genommen – bis er sich als „Bürgerrechtler“ gerierte, nachzulesen im Gießener Echo*).

Was allerdings tatsächlich fehlt, ist eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Benachteiligung von Nicht-Christen in der BRD.

Obwohl der Anteil von Christen in der Bevölkerung beständig zurückgeht und momentan nur noch bei 56% liegt, ist der Einfluss der Kirche auf Staat und Gesellschaft ungebrochen, in manchen Bereichen sogar so bestimmend, dass Sozialarbeiter oder Erzieher in die Kirche eintreten müssen, um in diesen von den Kirchen dominierten Bereichen überhaupt einen Job zu bekommen. Erika Beltz *) „Dr. h. c. Joachim Gauck, ein Saubermann mit Dreck am Stecken“, Gießener Echo, Jan. 2012. In der Gießener Zeitung bereits 82.500mal gelesen: <http://www.giessener-zeitung.de/giessen/beitrag/62456/dr-hc-joachim-gauck-ein-saubermann-mit-dreck-am-stecken/>

Pfandringe sind heuchlerisch und nicht zielführend

Der Magistrat will „Pfandringe“ an Gießener Abfalleimer anbringen lassen, auf denen Pfandflaschen abgestellt werden sollen, damit die Flaschensammler sie leichter mitnehmen können, ohne den Müll durchwühlen zu müssen.

Abgesehen davon, dass die meisten der wenigen Städte, die so etwas eingeführt haben, es wieder gelassen haben, weil es unpraktikabel ist, stellt Martina Lennartz, Stadtverordnete der Gießener Linken dazu in Frage:

"Nomen est Omen" auch Straßennamen

„Sollten wir nicht endlich unsere ‚glorreiche‘ militärische Vergangenheit nach den Erfahrungen der letzten Jahre ausmerzen? In Gießen gäbe es da noch manches zu tun. Uns sind die Roon-, die Moltke- und die Bismarckstraße schon lange ein Dorn im Auge. Gerade zum Punkt Bismarck wäre zu sagen, dass sich Hitler vollkommen in der grandiosen Rolle eines Vollstreckers Bismarckscher Politik gesehen hat. Darum reinigt unsere Städte endlich vom vergangenen Waffenruhm. Bessere Namen aus unserer Kultur- und Geistesgeschichte stehen zur Verfügung. Wie wäre es mit Leibniz, Hegel, Hebbel, Heinrich Heine? Und wie mit Wilhelm Liebknecht, einem der bedeutendsten Köpfe der deutschen Sozialdemokratie, der hier in Gießen geboren wurde?“ - Dieser Kommentar vom 6. Januar 1947 wurde in der Allgemeinen kürzlich wieder abgedruckt. Eine Wilhelm-Liebknecht-Straße haben wir inzwischen, aber die Straßennamen der alten Militaristen auch noch. Und nicht nur das: neue Straßen werden nach Nazis benannt (s. GE 12/16) und sie in Ehren gehalten wie Otto Eger und Obernazi Hermann Schlosser, der immer noch Ehrenbürger von Gießen ist.



Gibt das Projekt den Menschen, die auf diese Almosen angewiesen sind, mehr Würde?

Wird Armut dadurch nicht zementiert und dadurch schlussendlich verwaltet?

Warum sollten die Flaschensammler von dem Projekt abgehalten werden, weiter im Müll zu wühlen? Manche suchen dort nach Essensresten!

Ist es nicht so, dass die Pfandflaschenwegschmeißer damit nicht das Problem lösen, sondern nur unser Gewissen beruhigen, wenn wir unser „Active O2 orange“ getrunken haben und gönnerhaft dann die Flasche mit den paar Cent in das Modell „Banana“ stecken? Motto: Mein Müll hilft den Armen!

Den praktischen Zynismus entdeckt selbst die Süddeutsche: „Vor zwanzig Jahren hätte dieses Land vielleicht noch das Ziel gehabt, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der niemand Flaschen sammeln muss, um über die Runden zu kommen.“

Das war, bevor mit der Agenda 2010 und Hartz IV die Grundlage für das Flaschensammeln gelegt wurde.

Wenn man armen Menschen in Gießen wirklich helfen will, sollte z. B. die Einkommensgrenze für den Gießen-Pass angehoben oder endlich eine Wärmestube eingerichtet werden. - Ergebnis: Wir halten den Antrag zur Prüfung von sogenannten Pfandringen für heuchlerisch und nicht zielführend.



"Ausnahmsweise" ins Landschaftsschutzgebiet

Ist der Stadtregierung bei ihrem Tun ein Gesetz oder eine Verordnung im Weg, reagiert sie mit Ausnahmegenehmigungen. Etlicher Umweltfrevler der Landesgartenschau, wie Baumfällungen in der Brutzeit, wurde so durchgesetzt.

Auf Anfrage der Bürgerinitiative „Wieseckau“ musste die Bürgermeisterin im Bauausschuss einräumen, dass für „den Anlieferverkehr der Schwanenalm/Strandbar“ Ausnahmegenehmigungen bestehen. D.h., Fahrzeuge - z.T. Baufahrzeuge und Klein-LKWs - dürfen über einen viel begangenen schmalen Spazierweg in ein Landschaftsschutzgebiet eindringen. Fahrspuren auf dem Areal zeigen, wie intensiv die Ausnahme genutzt wird. Weitgehend geduldet wird diese Praxis vom Ordnungsamt, das innerhalb der letzten 2 Jahre nur 2 „Knöllchen“ verteilte.

Hinzu kommt, dass der geschotterte Abstellplatz für Belieferer direkt im Landschaftsschutzgebiet liegt, da sich die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes nicht verändert haben.

Beobachter fragen sich seit Jahren, ob der „Schlawiner-Schnitzel“-Zubereiber besondere Vergünstigungen erhält.

M. Berger

Jobcenter als schikanierender Prozesshansel

Knapp 300 Euro erhielt ein Gießener Hartz-IV-Aufstocker kurz vor Weihnachten vom Jobcenter erstattet; bereits im November hatte er 200 Euro bekommen. Ein tolles Sümmchen, könnte man denken und neidisch werden. Aber weit gefehlt: dieses Geld (und noch mehr) war dem Betroffenen (nennen wir ihn Klaus) widerrechtlich vorenthalten worden; ohne diesen ihm zustehenden Betrag hatte er monatelang unter dem Existenzminimum leben müssen.

Und diese Summe wurde keineswegs freiwillig gezahlt, sondern nur, weil Klaus immer wieder Widerspruch eingelegt und schließlich beim Sozial-

gericht Klage eingereicht hatte. Diese Klage ist immer noch anhängig. Mit der Zahlung hat das Jobcenter sein Unrecht praktisch eingestanden, aber nicht den vollen Zeitraum anerkannt, sondern nur die Hälfte, wohl in der Hoffnung, dass Klaus sich damit zufrieden gibt. Das tut er natürlich nicht. Und so wird es zu einem Prozess kommen, dessen Ausgang von vornherein feststeht, und der Geld kostet.

Aber das scheint dem Jobcenter egal zu sein. Während es den Ärmsten durch willkürliche Sanktionen ihr kümmerliches Einkommen kürzt und es ihnen – wie hier - durch fehlerhafte Bescheide streitig macht, ist es großzügig im Verschleudern von Steuergeldern. Denn wer bezahlt letztlich die Gerichtskosten, den gegnerischen Anwalt, die ganzen verlorenen Prozesse, für die das Jobcenter verantwortlich ist? Der Steuerzahler. - In rund 40% aller Klagen gegen die Job-

center wird zugunsten der Kläger entschieden; in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres waren es 44%.

Jetzt muss Klaus wieder auf Anordnung des Jobcenters bei Leiharbeitsfirmen um Arbeit nachsuchen; obwohl er als Hartz-IV-Aufstocker berufstätig ist. Aber er verdient als zeitbeschäftigter Nachtarbeiter ein paar Euro weniger im Monat, als er womöglich als Vollbeschäftigter bekommen würde. Dass ihm dann höhere Fahrtkosten entstehen können, dass er keinerlei Garantie bekommt, nach zwei Monaten nicht wieder auf der Straße zu stehen, dass er statt zu schlafen, um nachts fit zu sein, sich auf Arbeitssuche begeben muss, das alles ficht das Jobcenter nicht an. Auf die Frage, ob sie ihn vielleicht wegen seiner Widersetzlichkeit besonders auf dem Kieker hätten, meinte Klaus: „Nö, so werden hier alle schikaniert.“ Erika Beltz



Immer höflich, zuvorkommend und mühsam: Briefwechsel mit dem Jobcenter

„... Es ist nicht zwingend, dass die (bisherige) Firma die Wartungsarbeiten übernimmt. Wenn Sie einen günstigeren Anbieter haben, bitte ich, mir dies mitzuteilen, damit ich ihn beauftragen kann. Weiterhin sind Betriebskosten Nebenkosten und nicht auf die Kaltmiete anzurechnen. Auf die Betriebskosten habe ich – außer bei der Wartung – keinen Einfluss; und deshalb ist ein Hinweis auf sparsamen Verbrauch im Vorfeld zwar gut gemeint, jedoch in der Praxis nur sehr bedingt durchführbar ...“

Uni-Klinikum: Streikbereitschaft und Streit ums Geld

Beim Neujahrsempfang des Fachbereichs Medizin und des Uniklinikums (UKGM) forderte der Ärztliche Direktor Seeger (ein vom Land Hessen bezahlter Professor) Millionenbeträge von der Landesregierung und drohte ansonsten mit dem Untergang des UKGM. Die Rhön AG, die vor zehn Jahren die Unikliniken Gießen und Marburg für einen Spottpreis gekauft hat mit dem Versprechen, in Zukunft alle Kosten selbst zu erwirtschaften, könne nicht weiter Geld in den Betrieb stecken – was sie noch nie getan hat. 40 Millionen Euro jährlich für Zinsen, Tilgung und Abschreibungen führt das UKGM jährlich an Rhön ab. Das sei eine gigantische Leistung, betonte Seeger. Das ist nicht die Leistung der Geschäftsführung – den Beschäftigten wird diese giganti-

sche Leistung abgepresst. Investitionen müssten eigentlich vom Land bezahlt werden – so steht es im Krankenhausfinanzierungsgesetz. Mit der Privatisierung drückt sich das Land vor dieser Zahlung – auf Kosten des Personals und der Patienten. Mit den 40 Millionen Euro könnte das Personal problemlos um 10% aufgestockt werden. Wegen der übermäßigen Belastung der Beschäftigten fordert die Gewerkschaft ver.di einen Tarifvertrag, der einen verbindlichen Personalschlüssel vorgibt. Vom Vorsitzenden der Geschäftsführung Weiß wurde ein solcher Vertrag als unnötig abgetan – die Betroffenen sind da ganz anderer Meinung. Sie erwarten in den nächsten Verhandlungen deutliche Fortschritte und sind zu Streiks bereit. In den parallel laufenden Tarif-

verhandlungen zur Entlohnung hat ver.di 6% mehr Lohn gefordert – eine angemessene Forderung. In beiden Auseinandersetzungen werden wir die Kolleginnen und Kollegen am Klinikum solidarisch unterstützen.

Gernot Linhart



Bosch: Azubis gegen Schmalspurausbildung

Die vorletzte Betriebsversammlung bei Bosch hatte es in sich. Erst kündigte die Betriebsleitung den ca. 400 Anwesenden einen neuen Ausbildungsberuf an: Die zweijährige Ausbildung zur Fachkraft für Metalltechnik. Damit solle auch Hauptschülern eine Chance auf eine qualifizierte Ausbildung gegeben werden.

Und dann die Überraschung: Am Ende geht einer der Azubis ans Mikrophon und fragt die Geschäftsleitung, wie sie denn eine hochwertige Ausbildung in zwei Jahren anbieten wollen und ob es da nicht eher um Sparmaßnahmen gehe. Von den Führungskräften gibt es kein Statement dazu, aber Beifall von der Belegschaft.

So was habe ich in meiner langen Berufszeit nicht erlebt. Ich ging später noch in die Lehrwerkstatt, um den Azubis meine Solidarität zu bekunden, und traf auf kämpferische Stimmung: Für die nächste Betriebsversammlung sollte eine Präsentation vorbereitet werden, die allen verständlich macht, weshalb die Schmalspurausbildung für uns alle Nachteile hat. Der Betriebsrat sei hellauf begeistert, hörte ich.

Ich bot meine Mitarbeit an und gemeinsam trugen wir die Fakten zusammen: keine „sozialen“ Motive des Betriebs, sondern Sparmaßnahmen während und nach der Ausbildung.

Kurze Ausbildung und schlechtere Bezahlung würde das Lohnniveau im ganzen Werk langfristig senken, der Konkurrenzdruck würde erhöht und das Klima verschlechtert. Das bestätigten auch Berufsschullehrer und Gewerkschafter, die bereits schlechte Erfahrung mit dieser Ausbildung gemacht haben. Offenbar soll unser Werk eine negative Vorreiterrolle bei BOSCH spielen und die Schmalspurausbildung zur Regel werden. Das muss verhindert werden.

Der große Tag kam: auf der nächsten Betriebsversammlung standen zehn Azubis auf der Bühne und trugen vor versammelter Belegschaft ihre Argumente vor. Sie ernteten während und

auch noch nach der Versammlung großes Lob. Nur die Betriebsleitung war still und funkelte böse in Richtung Bühne. Sie hatten keine Worte für die Azubis übrig, aber das war ihnen Beweis genug, dass sie genau ins Schwarze getroffen hatten.

Zwar hatte nicht alles ganz so geklappt wie vereinbart, einige hatten aus Angst vor Kündigung oder Nicht-Übernahme sich nicht mehr getraut. Dennoch war es eine grandiose Aktion, die wir alle, insbesondere auch die „alten erfahrenen Hasen“ unterstützen müssen! Diese jungen Kollegen verdienen und brauchen unsere Solidarität. (Verfasser ist bekannt)



Ob rot, schwarz oder grün: Ohne Lobby steht man im Regen (Lärm)

Seit Jahren muss ein Mieter unter der unerträglichen Belästigung durch die an- und abfahrenden Autos leiden, die direkt vor seiner Parterre-Wohnung in der Stephanstraße/Ecke Lessingstraße in unzulässiger Weise parken.

Insbesondere, wenn die gegenüber liegende Apotheke Nachtbereitschaft hat, ist die Lärmbelästigung groß. Seit Jahren hat er das verkehrswidrige Parken (im Halteverbot oder in der zweiten Reihe) dokumentiert und deswegen mit dem Ordnungsamt und der OB persönlich korrespondiert – und wurde mit bedauernden Ausflüchten abgespeist.

Jetzt hat er versucht, durch eine Frage in der Bürgerfragestunde auf das Problem aufmerksam zu machen und Abhilfe zu erlangen.

Aber auch der neue Stadtrat Neidel lehnte alle Vorschläge zur Behebung oder wenigstens Minderung der Lärm-



belästigung ab und ist nicht bereit, für die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung zu sorgen: „Es handelt sich um ortsübliche Verkehrsgeräusche. Um diese abzustellen müssten im unmittelbaren Umfeld alle Parkplätze entfernt bzw. das Parken im öffentlichen Verkehrsraum untersagt werden.“ Der erste zitierte Satz ist

vollkommener Humbug und der zweite entbehrt jeder Logik; es geht nicht um fehlende Parkplätze, sondern um verkehrswidriges Parken, das auch dadurch nicht eingestellt würde.

Wären Vertreter der Gießener Geschäftswelt von solchen Belästigungen betroffen, der Magistrat würde eilen, ihnen zu Diensten zu sein.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie sehr sich die Stadt um das Wohl ihrer Bürger bemüht und ihre Bedürfnisse ernst nimmt.

Es zeigt, dass alle miteinander - OB Grabe-Bolz (SPD), Bgm. Weigel-Greilich (Grüne) sowie der neue Stadtrat und künftiger Bgm. Neidel (CDU) - sich einen feuchten Kehrriech um die kümmern, von denen sie gewählt werden wollen.

Chance 2017: Protest gegen die Bundeswehr Messe erteilt Hausverbot

Die SDAJ Gießen protestierte gemeinsam mit der Antifa-Jugend Gießen-Wetzlar am Sonntag, den 29. Januar, auf der „Chance“, der größten Berufsmesse in Mittelhessen, gegen die Bundeswehr.

Die versucht hier seit Jahren sich als „normaler Arbeitgeber“ zu präsentieren. Die „Karriereberatung“ hatte einen riesigen Stand aufgebaut; ein Haufen sogenannter „Jugendoffiziere“ versuchte, Jugendliche für einen Job bei der Bundeswehr zu begeistern.

Wir enthüllten unser Transparent und riefen Sprechchöre wie „Wir wollen Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze!“ und „An jedem Krieg, in jedem Land, verdient am Schluss die Deut-

ze!“ und „An jedem Krieg, in jedem Land, verdient am Schluss die Deut-

Ländern, als auch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr - aufmerksam machen soll.

Der Sicherheitsdienst der Messe Gießen GmbH fand unsere antimilitaristische Aktion allerdings gar nicht lustig und holte die Polizei. Wir wurden von unfreundlichen Securitys rausgeschmissen. Außerdem erteilte man uns ein lebenslanges Hausverbot für die Messehallen.



Wir werden die Bundeswehr auch in Zukunft überall dort stören, wo sie uns weismachen will, die Kriegseinsätze wären in unserem Interesse. Wir sorgen dafür, dass die Bundeswehr weiterhin ein gewaltiges Nachwuchsproblem hat. Wir bleiben dabei: Stop Wars – gemeinsam gegen ihre Kriege!

Lars für die SDAJ Gießen

Viel Geld, sicherer Job, großes Abenteuer – ungefähr so versucht die Bundeswehr, uns Jugendliche für eine Ausbildung bei der Armee zu gewinnen. Und dafür scheut Kriegsministerin Ursula von der Leyen weder Kosten noch Mühen: Allein 2016 ließ sie den Steuerzahler etwa 35 Millionen Euro blechen für den Heimatfronteinsatz an Plakatwänden, mit „Karriere-Trucks“, auf Berufsmessen, an Schulen, in Arbeitsämtern, Fernsehen und Radio sowie auf Youtube.

sche Bank“. Parallel wurden Flyer der IG-Metall Jugend verteilt. Dann öffneten wir unsere Jacken, unter denen wir blutverschmierte T-Shirts trugen und legten uns vor den Stand. Der „Die-in“ ist eine Aktionsform, die auf die tödlichen Folgen der Kriegseinsätze – sowohl für Menschen in den betroffenen

Landern, als auch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr - aufmerksam machen soll.



www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50



Demnächst: Saudi-Arabische Offiziere zur Ausbildung in Deutschland



Deutsch-Eritreische Gesellschaft gegründet

Zu Beginn des Jahres wurde in Frankfurt die Deutsch-Eritreische Gesellschaft gegründet. In der Satzung heißt es: "Der Verein hat das Ziel, im Sinne der Völkerverständigung lebendige und

partnerschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen in Deutschland und in Eritrea zu fördern, zu festigen und zu erhalten. Er stellt sich die Aufgabe, die Menschen Deutschlands und Eritreas einander näher zu bringen und alle darauf gerichteten Maßnahmen nach besten Kräften zu unterstützen." Weitere Informationen bei der Echo-Redaktion.

Fordert die AfD Berufsverbot? - Interview mit Tobias Salin

Michael Beltz: Tobias, Du machst zur Zeit eine Ausbildung als Industriemechaniker in Lollar.

Tobias Salin: Ja, gerade das Handwerkliche macht mir Spaß. Und wenn dann neben einer guten Ausbildung die Zusammenarbeit mit den Kollegen, mit dem Betriebsrat und auch in der Berufsschule klappt, bin ich schon mal zufrieden.

MB: Nun haben ein paar AfD-Mitglieder Dich öffentlich auf der Gießener AfD-Facebook-Seite als Kommunist und Kandidat der DKP zu den Bundestagswahlen „geoutet“. Wollen die dafür sorgen, dass Du aus dem Betrieb fliegst, also deine Existenzgrundlage zerstören.

TS: Das ist wohl deren Absicht, da sie auch bewusst auf meine Arbeitsstelle verweisen. Einerseits führen sie sich als Partei der „kleinen Leute“ auf, andererseits stellen sie sich als Partei des Kapitals – auch wenn sie es Mittelstand nennen - gegen die, die Werte erschaffen, also gegen die Arbeiter.

Die AfD hat aus der deutschen Geschichte gelernt, wie Berufsverbote als Mittel der Einschüchterung zu nutzen sind. Es wurde sogar damit ge-

TS: Als Gewerkschafter und Mitglied der DKP trete ich offen auf. So wie ich für die Interessen der Kollegen eintrete, so kommt Solidarität mir gegenüber zurück. Aus dem Betrieb, aus der Berufsschule und von der IG-Metallerhalte ich viel Unterstützung, wofür ich dankbar bin. Dagegen kommt die Rache der Rechten. In unseren Briefkasten werfen sie faschistische Propaganda, z. B. eine Nazi-DVD.

MB: Gibt es Verbindungen der Faschos in der Region?

TS: Irmer von der CDU hat u. a. mit seinem Hetzblatt „Wetzlar Kurier“ den Boden mit bereitet, 2015 haben z.B. bekannte Faschisten aus Wetzlar in Erfurt eine gewerkschaftliche Demonstration am 1. Mai überfallen. Für solche Leute ist das Outing von mir natürlich ein gefundenes Fressen.



droht, dass ein AfD-Mitglied im Aufsichtsrat meines Betriebes sitze.

MB: Hat Dir die Veröffentlichung der AfD-Vertreter geschadet?

Die Verbindung der AfD zur Polizei ist durch gute Kontakte und einzelne AfD-Parteibücher bei eben der Polizei vorhanden. Nachzufragen ist demnach, inwieweit diese Verbindungen nutzbar gemacht werden können, um Namen von Antifaschisten und anderen Demokraten aus den Räumen der Polizei an Unbefugte weiter zu geben.

DKP zu NPD-Urteil und "wehrhafte Demokratie"

Zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, die NPD nicht zu verbieten, sagte Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP:

„Was bedeutet die ‚wehrhafte Demokratie‘, von der diejenigen reden, die diesen Staat und die existierende Kapitalherrschaft verteidigen? Das Bundesverfassungsgericht zeigt, was sie nicht bedeutet: Die NPD, eine aggressive, rassistische, faschistische Partei wird nicht verboten. Natürlich wäre das juristisch möglich gewesen – Artikel 139 des Grundgesetzes bedeu-

tet, dass faschistische Organisationen in Deutschland verboten sind. Diese bürgerliche Demokratie ist immer dann ‚wehrhaft‘, wenn die Regierung es für nötig hält, Linke und besonders Kommunisten zu überwachen, aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen, zu verbieten. Die KPD ist bis heute verboten, die Berufsverbote gegen Kommunisten sind immer noch nicht beendet.

Die DKP fordert weiterhin ein Verbot der NPD und aller faschistischer Organisationen. Ein Verbot würde die NPD

schwächen: Sie hätte es schwerer, ihre rassistische Hetze zu verbreiten, sie könnte keine Steuergelder für ihre Wahlkämpfe mehr kassieren. Das NPD-Urteil von Karlsruhe zeigt nur einmal mehr: Den Kampf gegen die Faschisten müssen wir auch gegen den so genannten Verfassungsschutz führen, auf die Gerichte dieses Landes sollten wir uns dabei nicht verlassen.“

Redaktionsschluss für März-Echo: Mi., 22. Febr.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC: SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Faschismus = Option der Herrschenden

Bereits Mitte der 90er Jahre bekannte der damalige Chefredakteur der Zeitschrift "Capital" in deutlicher Offenheit: "Nach dem Scheitern des Kommunismus und der anscheinend wachsenden Funktionsschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik... Er wird nicht antisemitisch sein und nicht von der Überlegenheit einer Rasse schwärmen, sondern umgekehrt, die Talente verschiedener Zivilisationen nutzen." Da käme ein NPD-Verbot unangelegen.

Nicht unsere Sicherheit ...

... oder wer hat Angst vor der Klassenfrage?

...Alle fünf gerade sein lassen – diesem Motto entsprach auch die Debatte im ARD-Pressclub „Ist unser Staat stark genug?“ am 8. Januar. Sie drehte sich vor allem um den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt und den mutmaßlichen Täter Anis Amri. Einigkeit von Taz bis FAZ, dass die Gesetze schon okay und ausreichend seien. Problematisch seien Vollzugslücken, schlecht aufgestellte Landesbehörden und vor allem die Justiz, die die Polizisten häufig im Regen stehen lasse. Tenor: Die lästigen Hürden beim Mithören, -lesen und -sehen, beim Einkesseln, Wegsperrern und Abschieben müssen weg. Die Zuständigkeiten müssen neu sortiert werden. „Wenn es eine Chance gibt, da was zu ändern, dann nur nach solchen Anschlägen“, sprach es Bild-Kolumnist Hugo Möller-Vogg aus.

Die Ereignisse in Köln, die Anschläge in Berlin, Würzburg und Ansbach sind nützlich für den Ausbau des autoritären Staates. Genaues Hinsehen wird mehr oder weniger gekonnt verhindert. Amri mit einem V-Mann im Auto nach Berlin? Das läuft unter Pleiten, Pech und Pannen.

Ängste und Sicherheitsbedürfnisse werden bewusst erzeugt. Das Feindbild ist klar: Es sind die Flüchtlinge, die die Ge-

Artikel (gekürzt) von Wera Richter, Stellvertretende Vors. der DKP aus UZ vom 13.1.17

fahren ins Land bringen. Ebenso deutlich ist die Antwort der Straße: Laut Amnesty International brannte 2015 jeden dritten Tag eine Flüchtlingsunterkunft.

Der Staat braucht diese Stimmung, um die Interessen des Monopolkapitals zu schützen. Er braucht sie, um die aggressive Politik nach außen, „den Krieg gegen den Terror“ und die aggressive Politik nach innen, den sozialen Kahlschlag, die Entrechtung der Massen und damit das Sichern der Pfründe der Auftraggeber durchzusetzen.

Insofern trifft SPD-Chef Sigmar Gabriel bei seinem hilflosen Versuch, den neuen Sicherheitspaketen von Thomas de Maizière (CDU) eine soziale Komponente hinzuzufügen, die Sache ungewollt den Punkt. Er warnt in einem FAZ-Beitrag „Sicherheit ist soziales Bürgerrecht“ am 9. Januar davor, dass die von seiner Partei abgehängten Menschen („in sozialen Brennpunkten“ und „rechtsfreien Räumen“) auf die Idee kommen könnten, Sicherheit sei eine Klassenfrage.

Ja, das wäre was, wenn mehr und mehr Menschen erkennen, dass es nicht um 'unsere Sicherheit' geht, sondern um die des Monopolkapitals. Diese gegen uns durchzusetzen, ist die Aufgabe der Inneren Sicherheit. Klasse gegen Klasse.

Buchpräsentation und Diskussion

Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten Dr. h.c. Jürgen Grässlin,

Autor von »Netzwerk des Todes« und »Schwarzbuch Waffenhandel!«

Mittwoch, 15. Februar 2017, 19 Uhr, ESG Gießen, Henselstr.7

Veranstalter: Gießener Friedensnetzwerk, Evangelische Studierendengemeinde (ESG) und Fördergemeinschaft Friedensarbeit Gießen

Einladung zur Landesversammlung 70-Jahr-Feier der VVN-BdA Hessen

Samstag, 18. Februar, ab 10 Uhr, Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle

Musikalische Beiträge von Erich Schaffner und Erika Krapp

70 Jahre VVN Hessen: Rückblick und aktuelle Herausforderungen,

Referat von Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR (Fédération Internationale des Résistants), Bundessprecher der VVN-BdA, Aussprache; ab 14 Uhr Angebot der VVN-BdA: „Stammtischkämpfer und Kämpferinnen“-Ausbildung, mit Dieter Bahndorf. Ende gegen 16 Uhr

Mitgliederversammlung der DKP

am Donnerstag, dem 23. Februar 2017, um 19 Uhr
im Büro der Partei Die Linke, Marktplatz 2

Wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70.

Friedensnetzwerk Gießen konstituiert

In Fortsetzung der Aktionen zum Antikriegstag und Vorbereitung des Ostermarsches treffen sich Friedensaktivisten aus Gewerkschaften, Parteien, Kirchen

am Mittwoch, dem 1. März um
18 Uhr im DGB-Haus (Dachsaal)

Vormerken:

Die Vor-Mai-Veranstaltung der DKP Gießen findet statt am Dienstag, dem 25. April ab 19 Uhr im DGB-Haus. Es spricht: Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP.

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag,
Hoffnungs-Str. 18 ,
45127 Essen
info@unsere-zeit.de

DKP
Nachrichtenportal

news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen

**Widerstand
gegen Hartz IV**
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern